

II— 1605 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR SOZIALE VERWALTUNG
Zl. 10.009/178-1a/1972

1010 Wien, den 25. September 1972
Stubenring 1
Telephon 57 56 55

755/A.B.
zu 740/J.
Präs. am 25. Sep. 1972

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten SANDMEIER und Genossen an
den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend
Bundesvoranschlag 1973, No. 740/J.

In Beantwortung der gegenständlichen Anfrage beehre
ich mich, folgendes mitzuteilen:

Zu 1):

Die Bundesregierung hat in der 32. Sitzung des Minister-
rates einen mündlichen Bericht des Finanzministers über
die Grundlagen der Budgeterstellung zur Kenntnis genommen,
in dem die voraussichtlichen Globaldaten für eine Re-
gierungsvorlage, betreffend das Bundesfinanzgesetz 1973
enthalten waren (Mündlicher Bericht an den Ministerrat,
betreffend Budgetrahmen für das Finanzjahr 1973 und zu-
sätzliche Richtlinien für die Verhandlungen über den Bundes-
voranschlag-Entwurf 1973).

Dieser Bericht hat alle Ressorts, daher auch mein Ressort
betroffen.

Zu 2) bis 4):

In den letzten Jahren wurden am Ende der Frühjahrssession
des Nationalrates mehrfach parlamentarische Anfragen an
alle Mitglieder der Bundesregierung, betreffend Anträge bzw.
Anforderungen zum nächstfolgenden Bundesfinanzgesetz bzw.
zum Dienstpostenplan, eingebracht.

Die meritorische Beantwortung solcher Anfragen ist sowohl
in der XI. Gesetzgebungsperiode als auch in der XII. Gesetz-
gebungsperiode des Nationalrates abgelehnt worden. Dabei
wurde übereinstimmend darauf verwiesen, daß es sich bei den
Besprechungen über das Bundesfinanzgesetz im derzeitigen
Stadium nicht um Anträge oder Anforderungen, sondern um
einen rechtlich nicht verbindlichen Meinungsaustausch

- 2 -

zwischen den beteiligten Ressorts über die künftige Gestaltung des Bundesfinanzgesetzes handelt. Weiters wurde in diesem Zusammenhang auch auf die Problematik verwiesen, die sich aus den Bestimmungen des Art. 51 Abs. 1 B-VG ergibt.

Ich darf in diesem Zusammenhang beispielsweise auf die Anfragebeantwortung des Herrn Bundesministers Dr. Schleiner vom 8. September 1969 (1375/A.B. - XI.GP), sowie auf die Anfragebeantwortung vom 2. August 1971 (694/A.B. - XII.GP), verweisen und sehe mich nicht in der Lage, von dem Standpunkt, den bisher alle Mitglieder der Bundesregierung in dieser Frage mehrfach eingenommen haben, abzuweichen.

Zu 5) und 6):

Über diese Ausgabenrückstellungen wird im September 1972 unter Berücksichtigung der weiteren Konjunkturentwicklung entschieden werden.

Der mit der Vertretung des Bundes-
ministers für soziale Verwaltung betraute
Bundeskanzler:

